

Attac-intern wurde für eine breite Teilnahme an der Kampagne zum Erlass „illegitimer und untragbarer“ Schulden geworben. Diese wird von erlassjahr.de getragen und von Attac Deutschland unterstützt. Ich habe darauf mit einer kurzen Stellungnahme reagiert.

Leider greift die Attac-Debatte nicht mehr darauf zurück, dass es zu diesem Thema im eigenen Zusammenhang seit seinem Bestehen einen großen Dissens gibt. Das hatte in der Vergangenheit dazu geführt, dass Attac hier aufmerksamer und vorsichtiger agiert hat, indem es auf die Unzulänglichkeiten der Erlassjahr-Kampagne zumindest implizit hingewiesen hat. Wir, die Informationsstelle Lateinamerika, sind Mitgliedsorganisation von Attac und verschwinden in dem Ansatz, wie ihn der Aufruf von Erlassjahr vertritt, völlig, ebenso wie der größte Teil der Solidaritätsbewegung mit den Kämpfen in den arm gemachten Ländern des Südens.

In der Bewegung wird dieser Streit schon seit fast 30 Jahren geführt, nämlich seit den Protesten gegen Weltwirtschafts- und EU-Gipfel 1999 in Köln, in deren Gefolge ja Attac D entstand. Auch damals hatte Erlassjahr eine Kampagne für die Streichung der „illegitimen und untragbaren Schulden“ geführt. International war das Teil der Bewegung „Jubilee 2000“, weil auch das Jahr 2000 (wie jetzt wieder 2025) in der Römischen Kirche turnusmäßig ein „Heiliges Jahr“ („Jubeljahr“) war. Jubilee South wandte sich ausdrücklich gegen den extrem verengten und unzureichenden Ansatz, den Erlassjahr in Deutschland damit praktizierte, dass sie nur die „illegitimen“ Schulden streichen wollten und nicht alle. In der Solidaritätsbewegung gab es spätestens seit den Vorbereitungen auf die Aktivitäten zu 500 Jahre Kolonialismus im Jahr 1992 einen klaren Konsens, dass „Schulden“ nur seitens der kapitalistischen Staaten bei den kolonisierten Weltregionen bestehen. Selbst ein vollständiger Erlass der Verpflichtungen, die aus dem globalen Finanzsystem heraus den arm gemachten Ländern des Südens auferlegt worden waren, würde nicht ausreichen. Für einen solchen vollständigen und bedingungslosen Schuldenerlass hatten im Herbst 1988 über 80 000 Menschen in Berlin demonstriert, aber über der Einheitseuphorie brach diese Tradition außerhalb der Solibewegung ab. Dennoch war deren Orientierung in den Aktivitäten zu 500 Jahre 1492 klar: Es ging um Reparationen, die die Industrieländer den Opfern des Kolonialismus schulden, und nicht um angebliche Schulden der Opfer bei den Tätern. Selbst rein formal sind die „Schulden“ der arm gemachten Länder des Südens längst mehr als bezahlt, erreichten die Zinszahlungen doch schon damals ein Mehrfaches der ursprünglichen Schuldsomme.

Nach wie vor bleibt festzustellen: Alle finanziellen Verpflichtungen, die von den Ausbeuterstaaten als „Schulden“ bezeichnet werden, sind illegitim, auch wenn sie nicht in die formale Definition der UNO von „illegitim“ fallen (die mit dem englischen Wort „odious debt“ ja viel klarer beschrieben ist). Darüber hinaus würde die Orientierung von Erlassjahr auf „Untragbarkeit“ der Schulden ja im Ergebnis nur dazu führen, dass die Zahlungen auf Dauer gestellt würden, solange der zweite Teil der Forderung, also eine Finanzarchitektur, die koloniale Ausbeutung und neokoloniale Abhängigkeiten berücksichtigt, nicht erfüllt ist. Das wird auch von erlassjahr.de selbst nicht bestritten.

Die Aktivitäten 1999 waren deshalb gespalten, niemand aus dem Bündnis, aus dem später Attac (und auch die IL) hervorgingen, hat Erlassjahr in seiner damaligen beschränkten Kampagne unterstützt. Später haben wir sowohl innerhalb von Attac wie auch in großen Teilen der Solibewegung hingenommen, dass die aktuell die einzige Kraft sind, die an dem Thema kontinuierlich arbeitet, und dass man deshalb mit deren defizitärem Ansatz irgendwie leben muss. Als unzureichend und kritisierenswert wird er in der Solibewegung trotzdem wahrgenommen.